

Veranstaltungsangebot

Schulfrei für die Bundeswehr - Aufklärung über die Militarisierung der Gesellschaft

Die Bundeswehr versucht zunehmend größeren Einfluss auf das Bildungswesen zu nehmen, um die Sicherheits- (Kriegs-)politik der Bundesrepublik Deutschland darzulegen. Mittlerweile haben acht Bundesländer Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr unterzeichnet, die der Bundeswehr bzw. den Jugendoffizieren Vorrang in den Bildungseinrichtungen einräumen. In Baden-Württemberg wurde diese Vereinbarung am 4. Dezember 2009 mit dem Kultusministerium getroffen. Die Arbeit von Jugendoffizieren in Schulen soll dabei verbessert werden. Insbesondere in die Ausbildung der ReferendarInnen und die LehrerInnenfortbildung sollen Jugendoffiziere stärker eingebunden, so genannte Bildungsangebote der Bundeswehr in Medien der Kultusministerien veröffentlicht werden. Durch die Aussetzung der Wehrpflicht muss die Bundeswehr dabei verstärkt um Freiwillige werben, um die aus dem Dienst scheidenden Zeit- und Berufssoldaten zu ersetzen.

Die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“, in der sich 10 landesweite und regionale Organisationen engagieren, will über die Militarisierung der Gesellschaft am Beispiel Schule in Baden-Württemberg aufklären. Sie tritt dafür ein, die Kooperationsvereinbarung in Baden-Württemberg zurückzunehmen, auf dem Weg zu einer bundeswehrfreien Schule, um langfristig Militärs aus allen Bildungseinrichtungen zu verdrängen. Schülerinnen und Schüler sollen nicht für das Töten von Menschen angeworben werden, sondern zum Frieden erzogen werden.

Im Schuljahr 2010/2011 hat die Kampagne bereits einige Erfolge erzielt: durch gezieltes Lobbying haben sich die SPD und die Grünen zur Kündigung der Kooperationsvereinbarung ausgesprochen. Damit ist Baden-Württemberg das einzige Land mit Kooperationsvereinbarung mit klaren Aussagen zur Rücknahme. Begleitet wurde diese Lobbyarbeit durch vielfältige Aufklärungsarbeit sowie vielfältige Aktionen an Schulen und Messen.

Für das Schuljahr 2011/12 verstärkt die Kampagne ihr Engagement und lädt lokale Gruppen und Initiativen (Friedensgruppen, Gewerkschaften, Studierendengruppen, Schülervvertretungen, Elterninitiativen, Parteien) dazu ein, eine Veranstaltung mit folgenden Referenten bis Frühjahr 2012 zu organisieren. Denn: die grün-rote Landesregierung zögert mit der Kündigung der Vereinbarung.

Thomas Haschke (thomas.haschke@gmx.de):

Aktiv in Stuttgart, Sprecher der LAG Frieden (Die Linke).

Volker Haury (volker.haury@web.de):

war bis 2007 Lehrer in Ludwigsburg für Mathematik und Physik. Dort arbeitete er auch im Team zur Ausbildung von Schüler-Streitschlichtern mit. Er gehört zum Initiativkreis von Ohne Rüstung Leben und ist Mitglied der Mennonitengemeinde Stuttgart, in der er mehrere Jahre bis 2010 der Gemeindeleitung angehörte. Darüber hinaus ist er im deutschen mennonitischen Friedenskomitee aktiv.

Klaus Pfisterer (pfisterer@webstueck.de):

Landessprecher DFG-VK Baden-Württemberg und Sonderschullehrer. Seit 1981 zu dieser Thematik aktiv und Verfasser mehrerer Artikel und 2 Broschüren (1982 und 1990) zu diesem Thema.

Lena Sachs (ak-friedensbildung@usta-ph.de):

studiert Erziehungswissenschaft in Freiburg und ist seit dem Bestehen der Kooperationsvereinbarung gegen diese aktiv. Sie verfasste eine Bachelor-Thesis zum Thema der Kooperation zwischen Bundeswehr und Schulen. Seit Oktober 2011 zusammen mit Roland Blach Koordinatorin der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“.

Jonna Schürkes (imi@imi-online.de):

Mitarbeiterin der Tübinger Informationsstelle Militarisierung. Sie betreut dort ein Projekt zur Herstellung alternativer Unterrichtsmaterialien.

Es fallen Honorare und Fahrtkosten an, die individuell zu regeln sind.

Anfragen zu Terminen und Konditionen direkt an die ReferentInnen oder an die Kampagnenkoordination: ba-wue@dfg-vk.de